

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend.

Abonnementpreis: Die fünfzehntägige Ausgabe 12 Pf.

Einzelgenussnahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitperiode 10 bis 15 Pfennig vorantags 10 Uhr. Bezüge und sonstige Anzeigen müssen am vorbestimmten Tage in unseren Händen sein.

Er scheint wöchentlich 2mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag, abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,30 RM. von unseren Boten ins Haus gebracht 1,45 RM. und durch den Briefträger 1,30 RM.

Stetigjährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitperiode 10, auch von unseren Boten und allen Käufern, Postämtern angenommen.

Antikliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 81.

Donnerstag den 12. Juli 1917.

56. Jahrgang

Vor der Entscheidung.

Die Entscheidung der großen Verordnung im Reich und in den Bundesstaaten hat sich in Hauptauschuss und nicht in dem zum Zweck der innerpolitischen Vereinbarungen eigens eingesetzten Verfassungsausschuss des Reichstags vollzogen. Da die Ausschüsse ebenso wie die zahlreichsten in Verbindung mit ihnen abgeordneten Fraktionen vertraulich sind, so konnte es bei der hohen Bedeutung der Angelegenheit nicht unbedenklich sein, daß die sämtlichen Beschlüsse und Kombinationen ausgearbeitet und veröffentlicht wurden. Aus dem was oben gesagt worden ist, doch vor der Entscheidung, der in der Vollziehung des Reichstags am Mittwoch entgegengekommen wurde, einige größere und jede Punkte klar und deutlich hervorgehoben. Aus einer parlamentarischen Darstellung in den Zeitungsblättern ersieht man vollständig über die Lage, mit der Abw. Erberger die auch von der Volkspartei und den Sozialdemokraten anerkannt in Übung steht. Zunächst ist zu sagen, daß der noch immer bestehende Vertrauensabgrunde auf die innerliche Pflicht des Reichstags hin, den Frieden klar zu machen, daß sie nicht gegen einen kaiserlichen Absolutismus oder gegen eine preussische Militärdiktatur, sondern gegen das gesamte deutsche Volk Krieg führen, das entschlossen sei, diesen Krieg um seine Freiheit und Selbstständigkeit bis zum letzten Blutstropfen durchzuführen. Es genügt aber nicht, daß der Kanzler dieser Beschlüsse bezüglich der Kriegspolitik angenommen und ausgeprochen habe; der Krieg würde seine volle Würdigung erst finden, wenn das deutsche Volk durch eine parlamentarische Regierung verantwortlich für die Regierung bestellt, d. h. wenn ein Koalitionsministerium aus den führenden Parlamentariern aller Parteien gebildet würde. Da mit einem solchen Kriegszustand nicht zu rechnen ist, so müßte das deutsche Volk, um gleiche Rechte in Preußen, unter Ausschluss der Reichspolitik möglichst sofort eingeführt und durch einen Verfassungsausschuss die Einheitlichkeit im preussischen Staatsministerium verhängt werden.

Zwei Kronratsitzungen.

Dieses Programm entwarf die 1. befristete Ansehensberatung, daß für anderweitige parlamentarische Arbeiten kein Raum übrig blieb und sowohl die Sitzungen des Reichstags als die Verhandlungen des Reichsausschusses weitgehend unterbrochen werden mußten. Die Größe der allgemeinen Erregung infolge dieser Auseinandersetzungen beeinflusst der Umstand, daß die verschiedenen Meinungen über die Vorgänge im Hauptauschuss verbreitet wurden. Es hieß, über die Kriegspolitik sei eine Einigung zwischen den Reichsparteien des Zentrums, der Nationalliberalen, der Fortschrittlichen und der Sozialdemokraten erfolgt; nur über die innerpolitischen Fragen beständen noch Meinungsverschiedenheiten. Im Wirklichkeit trifft gerade das Umgekehrte zu. In der Kriegspolitik trennten sich die Nationalliberalen mit einem scharfen Mund von den drei anderen Reichsparteien und wandten sich damit gleichzeitig gegen den Reichskanzler. In dem Verlangen nach einer schnelleren Einigung legten die genannten Reichsparteien ihre Vermittlungen dar, die Nationalliberalen hielten fundamenale Fraktionsversammlungen ab. Die Partei hielt eine grundsätzliche Stellungnahme des Reichstags zur auswärtigen Politik vor Bildung einer neuen Regierung, die sie ihr Vertrauen schenken könnte, für unangebracht. Gleichzeitig fanden unter dem Vorherrschaft des Reichstags zwei Kronratsitzungen statt. Kronratsitzungen sind an sich etwas ungewöhnliches und erfolgen nur aus besonderen Umständen. Die zweimalige Tagung des Kronrats an einem Tage ist in der bisherigen Geschichte des Reiches und Preußens ohne Beispiel. Die beiden, unter dem Vorherrschaft des Reichstags und Königs abgehaltenen Sitzungen, von denen die eine im Neuen Palais zu Potsdam, die andere im Reichstagsparlament stattfand, haben in den Tagen der innerpolitischen Regierung die vorläufige aber noch nicht die endgültige Entscheidung herbeigeführt. Die Sitzungen, monach der Reichstagsangelegenheiten im Reich, aber zwei neue Staatssekretäre und fünf neue preussische Minister aus dem Reichstag des Reichstagspartei zum Ersatz scheidender Minister ernannt werden und vom Reichstag des Innern ein besonderes Reichsarbeitsamt mit einem Generalsekretär als Staatssekretär an der Spitze abgeweiht wird, eilen den Tatsachen voraus. Auch am Dienstag tagte der Kronrat, um die endgültigen Beschlüsse zu treffen. Es ist anzunehmen, daß danach ein aus der erdrückenden Mehrheit zusammengesetzter Reichsausschuss des Zentrums, der Nationalliberalen, der Fortschrittlichen und der Sozialdemokraten aufzustehen und die Kriegspolitik sowie die innere Politik der Reichsregierung klar und fest vertreten wird. Auch die freiconservative Richtung schließt sich in wesentlichen Punkten diesem Stand an, dem nur die Deutschkonserwativen, insbesondere die Angehörigen der alt-deutschen Richtung fernbleiben und die linke Sozialisten.

Der Weltkrieg Westlicher Kriegsausschuss.

Zurückweisung feindlicher Angriffe.

Seereschutzgruppe Kronprinz Rupprecht

An Klauen erreicht die Artilleriestellung an der

Küste, im Westen von Opern und östlich von Weichseln größere Städte als in den Vorlagen. Ein Vorstoß englischer Infanterie nördlich von Solferino wurde zurückgewiesen. Auch nordöstlich von Solferino, bei Pass und Jernon sowie nordwestlich von St. Quentin spielten sich Entscheidungsschlachten ab.

Seereschutzgruppe Kronprinz

Längs des Chemin-de-Dames nahm abends das Feuer an Heftigkeit zu. Nachts wurden Zeltlager der Franzosen südlich von Courcyon und südlich von Courcy abgebrochen.

Seereschutzgruppe Herzog Albrecht.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Das Luftkampfergebnis im Juni. Im Monat Juni war das Ergebnis der Kämpfe gegen die feindlichen Luftschiffe gut. Unsere Gegner haben 220 Flugzeuge und 33 Fesselballone durch Einwirkung unserer Waffen verloren. Von den Flugabwehrkanonen wurden 60 feindliche Flugzeuge abgeschossen, der Rest wurde in Luftkämpfen zum Absturz gebracht.

Unser Verlust beträgt 58 Flugzeuge und 3 Fesselballone.

Westlicher Kriegsausschuss.

Geleistete Gefechtsleistung.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei Alga, Dünaburg und Smorgon hat die Gefechtsleistung sich gesteigert.

Bei der

Seereschutzgruppe des Generaloberst v. Boehm-Ermolli stehen die Russen zwischen Smorgon und Dünaburg ziemlich anständig. Unternehmungen unserer Sturmtruppen brachten in mehreren Stellen Gewinn an Gefangenen und Beute. Nach Abschluss der Kämpfe, die sich gegen nordwestlich von Stanislaw entwickelten, wurden unsere Truppen hinter den Unterlauf des Lutovica-Baches zurückgenommen.

Im Bereich der anderen Fronten keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonischen Front

Die Lage ist unändert.

Der Seekrieg.

Das glänzende Juniergebnis unserer U-Boote, das in der Verletzung von mehr als einer Million Tonnen an Handelschiffen besteht, widerlegt alle englischen und französischen Propagandasagen eines nahen Scheiterns des deutschen U-Boottages. Die feindlichen Berichte, der Gewähr durch Abwehrmittel Herr zu werden, können angeht werden. Nicht eine Verringerung der U-Boote ist eingetreten, vielmehr eine erneute starke Vermehrung. Zum erstenmal wurde jetzt während der fünf Monate verhängten Seekrieges die Million Tonne über überschritten; das erstmalig geschah es im April. Der Feind hat bereits die Vernichtung von 781 500 Tonnen, im März und Mai verloren die Feinde und die Neutralen 888 000 und 889 000 Tonnen. Von Februar bis jetzt wurden rund 4,75 Millionen Raumtonnen versenkt. Wir haben allen Grund, mit dem Chef des Admiralstabes den Erfolg des U-Boottages als geteilt zu betrachten.

Weitere 31 500 Tonnen versenkt. Eines unserer U-Boote hat im Atlantischen Ozean wiederum 31 500 T. versenkt. Unter den versenkten Schiffen befinden sich das bewaffnete englische Güterkriegsschiff „Sylvia“, ein Dampfer gefangen genommen, ein unbewaffneter englischer Dampfer mit Südgüterladung, ein bewaffneter englischer Dampfer, zwei große unbewaffnete Dampfer, davon einer bewaffnet, der andere mit Munitionsladung. Nach Aussage des gefangenen englischen Piloten sollte die „Sylvia“ das letzte englische U-Boot an Versenkung halten; der für das U-Boot bestimmte Kommandant wurde durch einen Treffer getötet.

Die Reformbewegung.

Der Hauptauschuss des Reichstags trat am Dienstag frühlich um 9 Uhr zusammen. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden wurde Erspah durch den Reichstagskanzler ums Wort, jedoch nur um zu erklären: „Meine Herren, Sie müssen sich noch kurze Zeit gedulden. Ich bin im Augenblick noch nicht in der Lage, Ihnen über die Ergebnisse der gestrigen Sitzung des Reichstags Mitteilungen zu machen.“ Vorsitzender Abg. Spahn: Unter diesen Umständen schlage ich Ihnen vor, daß wir uns jetzt vertragen. (Wichtige Zustimmung.) Ich würde den Ausschuss wieder zusammenberufen, wenn ich von Herrn Reichstagskanzler die Mitteilung erhalten werde, daß er in der Lage ist, die von uns gewünschte Auskunft zu geben. Die Versammlung verließen in großer Erregung das Sitzungszimmer. Der größte Teil der Abgeordneten verließ im Reichstag, obwohl man annahm, daß es im Laufe des Tages noch zu einem Wiederzusammentritt des Ausschusses kommen würde.

Der Kronrat am Montag trat anheftend noch nicht zu einer endgültigen Entscheidung und sollte, soweit bekannt

wurde, am Dienstag fortgesetzt werden. Da die Regierung demnach noch zu keiner letzten Entscheidung gelangt ist, haben insofern der Hauptauschuss nie der Verfassungsausschuss es für geboten erachtet, ihre Verhandlungen zu verlassen. Der Hauptauschuss ist dies, weil eine Aussprache, die sich nur in den Reihen der Montag-Debatte abspielte, ein Gefühl der Lage aber im Hinblick auf die Erklärung des Kanzlers ja nicht geföhrt werden konnte. Für den Verfassungsausschuss war die Ermöglichung maßgebend, daß man der Krone in der gegenwärtigen Lage nicht die Initiative zur Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen vorweg nehmen wollte. Und das würde geschehen, wenn man am Dienstag die vorliegenden Vorschläge zum Beschluß erlassen hätte.

Zwischen der sozialdemokratischen Fraktion, dem Zentrum und der fortschrittlichen Volkspartei scheint eine weitgehende Übereinstimmung der Auffassung sowohl über die innere wie über die äußere Politik erzielt worden zu sein. Die Nationalliberalen stimmen mit den drei Parteien in der Forderung der sofortigen Parlamentarisierung überein. Ein Antrag, daß die Parlamentarisierung und die Neuordnung nicht von Herrn v. Bethmann Hollweg gemacht werden solle, hat in der Fraktion keine Mehrheit gefunden. In dieser Beziehung scheint also den Nationalliberalen die Person des Kanzlers kein Hindernis zu bilden.

Anders aber liegen die Dinge offenbar, was die Anschauungen der Nationalliberalen über die Kriegspolitik betrifft. Es scheint, daß sie nicht nur eine andere Formulierung der Reichstagsvorliegenden Erklärung über die Krieg- und Friedenspolitik verlangen, sondern daß sie von einer Regierung mit Herrn von Bethmann Hollweg an der Spitze nicht die Durchführung einer ihrer bestimten Haltung entsprechenden Kriegspolitik erwarten. Um alle Ziele zu erfüllen, die vier Fraktionen noch schwebenden ungelösten Fragen zu lösen, haben sich am 31. Uhr mittags die Reichstagsmitglieder zum neuen versammelt. Das Ergebnis ihrer Besprechungen wird auch auf die weitere Haltung des Kanzlers von großem Einfluß sein.

Nationalliberale beim Reichstags. Von führenden Stellen der nationalliberalen Fraktion des Reichstags werden die Mitglieder um die Feststellung gebeten, daß die von einigen Mitgliedern gebrachte Nachricht, die nationalliberale Fraktion habe einen Beschluß gegen den Reichstagskanzler gefaßt, falsch ist.

Der bayrische Gesandte Graf Wercheld beim Reichstag hat erklärt, daß der bayrische Gesandte in Berlin Graf Wercheld am letzten Sonntag vom Kaiser empfangen wurde.

Abg. Frhr. v. Seckly für ein Koalitionsministerium. In der „Recht“ erhebt Abg. Frhr. v. Seckly folgende Forderung: Was doch der Reichstag als ein solches anzugucken. Der gegebene Weg ist im Augenblick offenbar die Vereinigung der Führer der Volkspartei zur Reichsleitung durch Ernennung zu Staatssekretären ohne Fortsetzung. Diese Form ist schon durch die in Betracht kommende Zahl von Männern geradezu geboten. Sozialdemokraten, Volkspartei, Nationalliberale, Deutsche Fraktion, Konservativen, das hat nicht weniger als fünfzig beachtliche Mitglieder. Es hat auch der Vorzug, keine schweren praktischen Bedenken auszulösen und der künftigen Regierung nach seiner Richtung vorzugeben. Aus demselben Grunde würden die Verfassungsbestimmungen über den Verlust des Mandats bei Eintritt in den Reichsbeitrag nicht allgemein anzuführen, sondern nur für den vorliegenden Fall zu suspendieren sein. Auf diese Weise würde die Kriegserhaltung der Reichsleitung dem Streik der Parteien entzogen und so die Voraussetzung für die kontrollierte Führung des ganzen Volkes geschaffen werden. Weiter aber ist das Gebot der Stunde rascher Beschluß. Die Entscheidung muß gefaßt sein, wenn der Reichstag in die Aussprache über die allgemeine Politik in der Vollziehung eintritt. Auf keinen Fall aber darf der Reichstag vorher auseinandergehen. Würde auch jetzt die Stunde der Entscheidung wieder verpaßt, so könnten die Folgen geradezu verhängnisvoll werden.

Das Schweigen des Kanzlers im Hauptauschuss über das Ergebnis der Kronratsitzungen öffnete wieder allen möglichen Vermutungen Tor und Tür. Am bestimmtesten hielt sich das Gerücht, das Stillschweigen des Kanzlers sei darauf zurückzuführen, daß er der Initiative der Krone nicht entgegen stellen wollte. Es hieß, man erwarte eine fastliche Klärung, durch die für Preußen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht sowie einige Ministervereinerungen und für das Reich das Zugeständnis einer Parlamentarisierung der Regierung (nicht zu verwechseln mit parlamentarischen System) verfaßt werde. Aber die Ergebnisse des Kronrats gingen ebenfalls die Gerüchte hin und her. Die einen wollten wissen, daß der Kronrat Montag abend noch 12 Uhr überhaupt verlag worden sei, die anderen, daß er zwar beendet, aber noch nicht zu feststehenden Entscheidungen gekommen wäre. Namentlich ist noch gar keine Mehrheit darüber geschaffen, ob der Kanzler geht oder bleibt. Auf alle Fälle kann das eine festgesetzte werden: Der Kanzler hat vom Kaiser noch keinerlei Vollmachten erhalten.

Im übrigen wurden, wie nachträglich bekannt wird, außer den Staatssekretären des Reiches und den Staatsministern im Kronrat noch der ortsliche Ernährungs-

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend.



Abonnementpreis: Die fünfzehntägige Ausgabe 12 Pfg.
 Abonnementpreis in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzigerstraße 10
 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen
 müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.
 Erscheint wöchentlich Samstag, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag,
 abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Stierseifenblätter Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,30 Mk.
 von untern Seiten ins Haus gebracht 1,45 Mk. und durch den
 Briefträger 1,30 Mk.
 Stierseifenblätter und monatliche Bezüge werden außer in der Ge-
 schäftsstelle, Leipzigerstraße 10, auch von untern Seiten und allen
 Kaiserl. Postämtern angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 81.

Donnerstag den 12. Juli 1917.

56. Jahrgang

Vor der Entscheidung.

Die Einleitung der großen Neuordnung im Reich und in den Bundesstaaten hat sich im Hauptausgange ebenso eingehend verhandelt als die Reichstags- sitionen vertraulich sind, so konnte es bei der hohen Bedeutung der Angelegenheit nicht mündelnehmen, daß die künftigen Verträge und Kombinationen ausgeführt und ver- breitet werden. Aus dem wogenden Wirren waren aber doch vor der Entscheidung, der in der Vollziehung des Reichs- tags am Mittwoch entgegenzusehen wurde, einige greifbare und feste Punkte klar und deutlich hervorgetreten. Aus einer parlamentarischen Darlegung in den Zentrumsblättern erfuhr man Politikus über die Rede, mit der Abg. Gey- berger die auch von der Volkspartei und den Sozialdemo- kratischen Bewegung in Gang setzte. Zunächst wies der noch immer jugendliche Zentrumsgesandte auf die unerlässliche Pflicht des Reichstags hin, den Feinden klar zu machen, daß sie nicht gegen einen feierlichen Absolutismus oder gegen eine preussische Militärdiktatur, sondern gegen das gelamte deutsche Volk kämpfen, das entschlossen sei, diesen Krieg um seine Freiheit und Selbstständigkeit bis zum letzten Blutstropfen durchzuführen. Es genüge aber nicht, daß der Kaiser diesen Gedanken bezüglich der Kriegsjahre an- genommen und ausgesprochen habe; der Gedanke könne seine volle Würdigung erst finden, wenn das deutsche Volk durch eine parlamentarische Regierung verantwortlich an der Regierung beteiligt, d. h. wenn ein Koalitionsministerium aus den führenden Parlamentarier aller Parteien gebildet würde. Da mit einem solchen Kriegszustand nicht zu rechnen sei, so müsse das geheime, direkte und gleiche Wahlrecht in Preußen, unter Anpassung an die Verhältnisse möglichst sofort eingeführt und durch einen Reichsmittel einm verhängt werden.

Zwei Kronratsitzungen.



mit einem Generalsekretär als Staatssekretär an der Spitze abgezwängt wird, eilten den Tatsachen voraus. Auch am Dienstag tagte der Kronrat, um die endgültigen Dis- positionen zu treffen. Es ist anzunehmen, daß danach ein aus der erdrückenden Mehrheit zusammengesetzter Reichs- tag des Zentrums, der Nationalliberalen, der Fortschrittlichen und der Sozialdemokraten zustandekommen und die Kriegs- gesetze sowie die weitere Politik der Reichsleitung klar und fest vertreten wird. Auch die freikonserervative Richtung schließt sich in wesentlichen Punkten diesem Block an, dem nur die Deutschkonserwativen, insbesondere die Angehörigen der all- deutigen Richtung fernbleiben und die linckb. Sozialisten.

Der Weltkrieg Westlicher Kriegsschauplatz.

Zurückweisung feindlicher Angriffe.
 Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht
 An Raubern erzielte der Artillerielauf an der

Küste, im Abstand von Dren und östlich von Westphale größere Stärke als in den Vorjahren. Ein Vorstoß englischer Kanonenboote südlich von Hellebelle wurde zurückgewiesen. Auch nordöstlich von Westphale, bei Lens und Fresnoy sowie nordwestlich von Et. Quentin spielten sich Erkundungsgefechte ab.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz

Längs des Chemin-des-Dames nahm abends das Feuer an Heftigkeit zu. Nachts wurden Zeilangriffe der Franzosen südlich von Courcyen und südöstlich von Berry abge schlagen.

Seeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Das Luftkämpfergebnis im Juni. Im Monat Juni war das Ergebnis der Kämpfe gegen die feindlichen Luft- streitkräfte gut. Unsere Geiger haben 220 Flugzeuge und 33 Fesselballone durch Einwirkung unserer Artillerie verloren. Von den Flugzeugverlusten wurden 60 feindliche Flugler abgeschossen, der Rest wurde in Luftkämpfen zum Absturz gebracht.

Unser Verlust beträgt 68 Flugzeuge und 3 Fesselballone.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Gestiegene Gefechtsaktivität.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei Nige, Dinaburg und Smorgon hat die Gefechts- aktivität sich gesteigert.

Bei der Seeresgruppe des Generaloberst v. Boehm-Ermolli- stichen die Russen zwischen Struma und Danestr ziemlich anständig. Unternehmungen unserer Sturmtruppen brachten in mehreren Stellen Gewinn an Gefangenen und Beute. Nach Abschluß der Kämpfe, die sich gegen nordwestlich von Senni-Slaw entwickelten, wurden unsere Truppen hinter den Hinterlauf des Autowice-Flusses zurückgenommen. Im Bereich der anderen Armeen eine größeren Kampf- jandlungen.

Wazedonischen Front

Die Lage ist unverändert.

Der Seekrieg.

Das glänzende Zuergebnis unserer U-Boote, das in der Verletzung von mehr als einer Million Tonnen an Handelsfahrtsraum besteht, widerlegt alle englischen und französischen Prophezeiungen eines nahen Scheiterns des deutschen U-Boottkrieges. Die feindlichen Berichte, der Ober- fahr durch Abwehmittel Herr zu werden, können angefochten werden. Nicht ein U-Boot ist im Juli von der Besatzung in- eingetret, vielmehr eine erneute starke Vermehrung. Zum zweitenmal wurde jetzt während der fünf Monate verstärkten Tauchbootkrieges die Million erreicht oder überschritten; das erstmalig geschah es im April. Der Februar brachte die Vernichtung von 781 500 Tonnen, im März und Mai ver- zonen. Nach Februar wurden noch 200 000 und 475 Millionen Tonnentonnen vernichtet. Wir haben alle Grund, mit dem Chef des Admiralfleets den Erfolg des U-Boottkrieges als gesichert zu betrachten.

Weitere 31 500 Tonnen vernichtet. Eines unserer Unterseeboote hat im Atlantischen Ozean wiederum 31 500 Tonn. vernichtet. Unter den vernichteten Schiffen be- finden sich das bewaffnete englische Hilfskreuzerschiff „Sylvia“, ein Dampfer, ein U-Boot, ein unbewaffneter engli- scher Dampfer, zwei große unbewaffnete Dampfer, davon einer bewaffnet, der andere mit Munitionsladung. Nach Aussage des gelangenen englischen Offiziers sollte die „Sylvia“ das letzte englische U-Boot aus Amerika holen; der für das U-Boot bestimmte Kommandant wurde durch einen Treffer getötet.

Die Reformbewegung.

Der Hauptausgange des Reichstags trat am Dienstag pünktlich um 9 Uhr früh zusammen. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden Abg. Spahn hat der Reichs- tagler sein Wort, jedoch nur um zu erklären: „Meine Herren, Sie müssen sich noch kurze Zeit gedulden. Ich bin im Augenblick noch nicht in der Lage, Ihnen über die Ergebnisse der gestrigen Sitzung des Kronrats Mitteilungen zu machen.“ Vorleser der Abg. Spahn: Unter diesen Um- ständen schlage ich Ihnen vor, daß wir uns jetzt vertagen. (Allseitige Zustimmung.) Ich werde den Ausschuss wieder zusammenberufen, wenn ich von Herrn Reichstagsleiter die Mitteilung erhalten werde, daß er in der Lage ist, die von uns gewünschte Auskunft zu geben. Die Berammelten ver- ließen in großer Erregung das Sitzungszimmer. Der größte Teil der Abgeordneten verließ im Reichstag, obwohl man annahm, daß es im Laufe des Tages noch zu einem Wiederzusammentritt des Ausschusses kommen würde.

Der Kronrat am Montag kam zusammen noch nicht zu einer endgültigen Entscheidung und sollte, soweit befannt

wurde, am Dienstag fortgesetzt werden. Da die Regierung demnach noch zu keiner festen Entscheidung gelangt ist, haben sowohl der Hauptausgange wie der Verfassungs- ausgange es für geboten erachtet, ihre Verhandlungen zu vertagen. Der Hauptausgange hat dies, weil eine Aus- sprache, die sich nur in den Geleisen der Montag-Debatte bewegt hätte, ein Verschlag zur Lage aber im Hinblick auf die Erklärung des Kanzlers ja nicht, gefast werden konnte. Für den Verfassungsausgange war die Erregung maß- gebend, daß man der Krone in der gegenwärtigen Lage nicht die Initiative zur Einführung des Reichstagswahl- rechts in Preußen vorweg nehmen sollte. Und das wäre geschehen, wenn man am Dienstag die vorliegenden Anträge zum Beschluß erhoben hätte.

Zwischen der sozialdemokratischen Fraktion, dem Zen- trum und der Fortschrittlichen Linkspartei scheint eine weit- gehende Übereinstimmung der Auffassung vorzuliegen, aber die Initiative über die weitere Politik ergibt werden zu sein. Die Nationalliberalen stimmen mit den drei Parteien in der Forderung der sofortigen Parlamentarisierung überein. Ein Antrag, daß die Parlamentarisierung und die Neu- ordnung nicht von Herrn v. Bethmann Hollweg gemacht werden sollte, hat in der Fraktion keine Mehrheit gefunden. In dieser Beziehung scheint also den Nationalliberalen die Person des Kanzlers kein Hindernis zu bilden.

Außer aber liegen die Dinge offenbar, was die An- scheinungen der Nationalliberalen über die Kriegsjahre betrifft. Es scheint, daß sie nicht nur eine andere Formu- lierung der dem Reichstage vorzuliegenden Erklärung über die Kriegs- und Friedensfrage verlangen, sondern daß sie von einer Regierung mit Herrn v. Bethmann Hollweg an- der Spitze nicht die Durchföhrung einer ihrer bekann- ten, mit entsprechenden Krisenpolitik erwarten. Um alle diese Punkte den vier Fraktionen noch schwebenden un- geklärt zu lassen, haben sich am 11 Uhr vor- mittags die Vertrauensmänner zum neuen verammelt. Das Ergebnis dieser Besprechungen wird auch auf die weitere Haltung des Kanzlers von großem Einfluß sein.

Nationalliberaler beim Reichstagsleiter. Von führen- den Nationalliberalen der nationalliberalen Fraktion des Reichstags werden die Wähler um die Befestigung gebeten, daß die von einigen Wählern gebrachte Nachricht, die nationalliberale Fraktion habe einen Beschluß gegen den Reichstagsleiter gefast, falsch ist.

Der bayrische Gesandte Graf Lerchenfeld beim Kaiser. Es bestätigt sich, daß der bayrische Gesandte in Berlin Graf Lerchenfeld am letzten Sonntag vom Kaiser empfangen wurde.

Abg. Frhr. v. Joditz für ein Koalitionsministerium. In der „Post“ erhebt Abg. Frhr. v. Joditz folgende For- derung: Das Gebot der Stunde ist, die Reichsleitung aus- zugehen. Der gegebene Weg ist im Augenblick offenbar die Heranziehung der Führer der Volkspartei zur Mitbestim- mung durch Ernennung zu Staatssekretären ohne Portu- feuille. Diese Form ist schon durch die in Betracht kommende Zahl von Männern geradezu geboten. Sozial- demokraten, Volkspartei, Nationalliberale, Deutsche Fraktion, Konserwatve, das sind nicht weniger als fünf zu verläss- liche Kräfte. Sie hat auch den Vorzug, keine schweren praktischen Bedenken auszuweisen und der Regierung nach seiner Richtung vorzugreifen. Aus dem- selben Grunde würde die Verfassungsbefimmungen über den Verlust des Mandats bei Eintritt in den Reichsdienst und der Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit zum Bundesrat nicht allgemein aufzuheben, sondern nur für den vorliegenden Fall zu suspendieren sein. Auf diese Weise würde die Kriegsjehaltung der Reichsleitung dem Eintritt der Parteien entgegen und so die Voraussetzung für die traitionelle Führung des ganzen Volkes geschaffen werden. Weiter aber ist das Gebot der Stunde kaltes Entschluß. Die Entscheidung muß gefallen sein, wenn der Reichstag in die Aussprache über die allgemeine Politik in der Vollziehung eintritt. Auf keinen Fall aber darf der Reichstag vorher auseinander- gehen. Würde auch jetzt die Stunde der Entscheidung wieder verpaßt, so können die Folgen geradezu verhängnis- voll werden.

Das Schweigen des Kanzlers im Hauptausgange über das Ergebnis der Kronratsitzungen offenbart mehr als die möglichen Vermutungen Tor und Lär. Um bestimmtes hielt sich das Gerücht, das Stillschweigen des Kanzlers sei darauf zurückzuführen, daß er der Initiative der Krone nicht vorgehen wolle. Es heißt, man erwarte eine feierliche Kundgebung, durch die für Preußen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht sowie einige Ministerverän- derungen und für das Reich das Reichstagsrecht einer Parla- mentarisierung der Regierung (nicht zu verwechseln mit parlamentarischen System) verfaßt werde. Aber die Er- gebnisse des Kronrats gingen ebenfalls die Gerüchte hin und her. Die einen wollten wissen, daß der Kronrat Montag abend nach 12 Uhr überhaupt verlag worden sei, die anderen, die alle zwei Stunden, aber noch nicht zu feststehenden Ent- scheidungen gekommen wäre. Ramentlich ist noch gar keine Klarheit darüber geschaffen, ob der Kanzler geht oder bleibt. Auf alle Fälle kann das eine festgesetzt werden: Der Kanzler hat vom Kaiser noch feierliche Vollmachten erhalten.

Zu übrigen wurden, wie nachträglich bekannt wird, außer den Staatssekretären des Reiches und den Staats- ministern im Kronrat noch drei weitere Ernennungen.